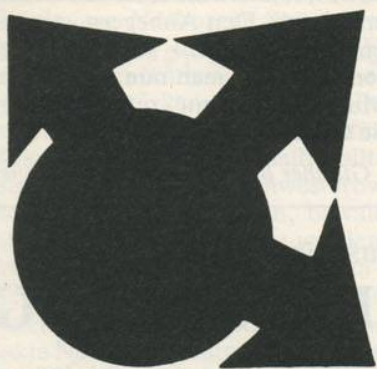




VEREIN ZUR ERHALTUNG DES PASSAUER STADTBILDES UND ZUM SCHUTZ DER UMLIEGENDEN LANDSCHAFT

Konflikte um Lindbüchl-Projekt

Bei den Bauten in der Schubertstraße bleiben viele Fragen offen.



Naturveränderung der legalen Art?

Der derzeitige Zustand der Lindbüchl-Baustelle in der Schubertstraße spricht für sich

Die Gerüchteküche kocht, Anwohner wehren sich, Stadträte beklagen die Zerstörung der Landschaft: In der Schubertstraße baut Helmut Lindbüchl 3 Häuser in den Hang, die nur durch einen Gehweg zu erreichen sind. So sah es jedenfalls der genehmigte Plan vor, den Lindbüchl am 30. 7. 1984 – vor seiner Haft und seinem Konkurs – von der Verwaltung genehmigt bekam. Nach Einsprüchen von Anliegern wurde das Projekt dem Bauausschuß vorgelegt, der in nichtöffentlichen Sitzungen (22. 11. 84, 21. 2. 85, 21. 3. 85) und nach Ortsbesichtigungen die Widersprüche zurückwies und den Sofortvollzug anordnete. Zu diesem Zeitpunkt hätte sich durchaus noch etwas ändern lassen, entgegen den heutigen Krokodilstränen mancher Stadträte.

Häuser ohne Straße sind schlecht zu verkaufen: Deshalb plant die RIHA Immobilien GmbH, deren Geschäftsführer Helmut Lindbüchl seit dem 3. 8. 88 ist (RIHA steht für Lindbüchls Lebensgefährtin Rita Haas), eine Erschließungsstraße, die riesige Erdbewegungen erfordert und das letzte Stück der typischen Hangwiesen zerstören würde. Erstaunlich dabei ist, daß Herr Lindbüchl sich das Geh- und Fahrrecht **unentgeltlich** bereits am 29. Oktober 1981 in einer Notariatsurkunde von Herrn Dr. Reinhold Plenk sichern konnte. Warum wurde nicht gleich eine Bebauung mit der geplanten Erschließungsstraße beantragt? Die Einmündung einer Erschließungsstraße mit einem Winkel von über 20 Grad in die 2,50 m breite Schubertstraße liegt sicher im Grenzbereich des technischen Machbaren und dürfte bei ordnungsgemäßer Erstellung kaum finanziell auf die drei Häuser umzulegen sein. Der Stadtrat und insbesondere der Bauausschuß sollten daher eindeutig erklären, daß sie nicht bereit sind, den Unterhalt für diese Straße zu übernehmen, nachdem heute selbst Stadtrat Konrad Barth das Bauvorhaben für „eine Landschaftszerstörung ersten

Ranges“ hält. Da gem. Art. 66 (2) Satz 1 Bay BO Geländeänderungen über 300 m² und Abgrabungen über 2 m genehmigungspflichtig sind, sollte der Stadtrat die Zustimmung zu dieser land-schaftszerstörenden Straße verweigern! Es ist jedenfalls erstaunlich, wie bau-

freudig Herr Lindbüchl seinen vielbe-sprochenen Konkurs überstanden hat und wie die RIHA dieses Grundstück erwerben konnte . . .

Wir sind der Ansicht, daß die Beantwor-tung dieser Fragen nicht Aufgabe des

FORUMS, sondern die einer staatlichen Behörde wäre. Den Anliegern ist – ein Augenschein genügt! – viel zugemutet worden. So sollte man nun im Stadtrat den Mut haben, „Nein“ zu sagen, selbst auf die Gefahr eines Prozesses hin!

Günther Bosanyi/Friedrich Brunner

Unbequem?

Das FORUM ist wieder einmal unbe-quem: Da versteht der Inhaber eines Kinderartikelgeschäftes in der Fußgän-gerzone nicht, daß wir nicht verstehen, daß er für das Gehsteigparken in der Theresienstraße ist. Kinderwagen? Die verkauft man; ist es egal, wo sie dann geschoben werden?

Da versteht Stadtrat Konard Barth nicht, daß das FORUM seine Haltung nicht versteht, ständig das hohe Ver-kehrsaufkommen in der Innstadt zu beklagen, um dann im Bauausschuß für eine massive Bebauung an der Schäringer Straße zu stimmen und das noch dazu gegen den Beschluß des Stadtentwicklungsausschusses und des Landschaftsplaners Prof. Grebe. Außenbereich? Sowieso willkürlich festge-legt! Naherholungsgebiet? Man kann auch zwischen Häusern spazierende-hen . . .

Oder wir verstehen doch: Der Innstadt-brauerei, der der Grund gehört, entge-genzukommen hat sicher noch nie-mandem geschadet, und Fritz Gerstl (SPD) hat auch nichts dagegen, daß die Nibelungen Wohnbau GmbH und Co Bauträger KG, die sich weitgehend in seinem Besitz befindet, bauen darf. Es leben die politischen Männerfreund-schaften!

Zu zynisch? Verliert das FORUM seine zuletzt so vielgepriesene konstruktive Linie? Ja und nein: konstruktive Arbeit hat für eine Bürgervertretung dort ein Ende, wo Forderungen und Entschei-dungen doch sehr von persönlichen Inter-essen geprägt erscheinen. Und leider erschöpft sich die Rolle der SPD in kri-tischen Stellungnahmen gegenüber dem FORUM. Im Bauausschuß herrscht eine unheilige Allianz zwischen den großen Parteien. Wir werden im Wahl-kampfausführlich darauf zurückkom-men. Bis dahin wollen wir uns durch-aus konstruktiv für die Lebensqualität der Stadt einsetzen, in der wir gerne leben. Und weiterhin Roß und Reiter nennen.

Friedrich Brunner

Die Meinung unserer Leser zum Diskussionsthema WERBEANLAGENVERORDNUNG

Eine große Anzahl von Bürgerhäusern im Baustil des Barock, des Rokoko, des Klassizismus und des Biedermeiers haben sich in Alt- und Innstadt erhalten. Viele dieser Häuser haben im 19. und 20. Jh. keine baulichen Veränderungen erfahren, sie zeigen deshalb den jeweili-gen Baustil in seiner klassischen, unver-fälschten Form.

Sehr störend wirken deshalb die moder-nen Werbe- und Neonbeschriftungen, die an diesen Bauten angebracht wur-den. Hoffnung setzte man deshalb in die Werbeanlagenverordnung, die die Be-schilderung der Altstadt auf befriedi-gende Weise lösen sollte.

Man muß jedoch leider feststellen, daß sich nichts zum Guten verändert hat, ganz im Gegenteil – die Verunstaltung der schönen, historischen Bauten scheint jetzt erst richtig in Schwung zu kommen! Wahrscheinlich denken sich die Laden-besitzer: „Jetzt erst recht!“

Verantwortlich ist natürlich auch die Stadtverwaltung, die wenig Feingefühl zeigt, und die schlimmsten Schilder ge-nehmigt. Die Schriftarten auf den 87/88 neu angebrachten Schildern sind meist sehr häßlich, die **Schriftgröße ist zu groß**. Wird auf einem Passauer Schild aus-

nahmsweise eine historische Schriftform verwendet (z. B. Antiqua) sieht man die Buchstaben in der falschen Anwendung.

Leicht könnte man sich den ganzen teuren Aufwand des Genehmigungs-verfahren für neue Werbeanlagen spa-ren – die Schilder sind genauso häßlich wie vorher, nur auf eine andere Art. Die Person, die über die Genehmigung zu entscheiden hat scheint völlig inkompe-tent zu sein.

Wie sehr sich die Beschilderung der Al-tstadt im letzten Jahr verschlechtert hat, läßt sich exemplarisch an dem Rokoko-haus, in dem sich das Spielzeugmuseum befindet, aufzeigen: konnte man vor einem Jahr noch die ursprüngliche, ge-stalterische Absicht des Baumeisters aus dem 18. Jh. erkennen, ist die Fassade 1988 mit einer Vielzahl häßlicher Schil-der verunstaltet.

Die beiden Auslegeschilder des Banko-maten und des Spielzeugmuseums stö-ren enorm. Das künstlerische Empfin-den des Besitzers des Gebäudes scheint sehr schwach ausgeprägt zu sein. Als Außenstehender findet man es rätsel-haft, wie die Stadtverwaltung der Ver-schandelung dieser schönen Fassade zu-stimmen konnte. Boris Röhl, Passau

Diözesanbauamt-Dauerbrenne Nikola-Kirchturm und Mollnhof als ungelöste Problemfälle

Vor mehr als einem halben Jahr war die Rede davon, daß der Kirchturm von St. Nikola nun endlich saniert, d. h. der zer-bröckelnde Turmstummel zumindest so weit gesichert werden solle, daß der Ver-fall gestoppt und die Voraussetzung für den geplanten Wiederaufbau geschaffen wird. Das Diözesanbauamt scheint es aber damit nicht sehr eilig zu haben, ob-wohl die Pläne schon längst in der Schub-lade liegen und Gelder, die die nieder-bayerische Bezirksregierung als großzü-gigen Zuschuß bereitgestellt hat, einfach nicht abgerufen werden. Bezirksheimat-pfleger Dr. Bleibrunner in Landshut spricht von 350.000,- Mark und ist ver-ärgert, daß die von ihm geförderte finan-zielle und ideelle Unterstützung nicht angenommen wird. Dabei wäre es sicher nicht schwierig gewesen, die fehlenden 150.000,- Mark für die ersten Instand-setzungsmaßnahmen aufzutreiben. Der

Anfang müßte wenigstens bald gemacht werden, damit die Wiederherstellung schließlich nicht noch wesentlich teurer wird.

Das gleiche gilt für den Mollnhof in der Vornholzstraße. Im Februar dieses Jah-res wurden von zuständiger Seite anläß-lich einiger Fernsehaufnahmen vor die-ser historischen Ruine Sofortmaßnah-men für die Bestandssicherung des Bau-werks in Aussicht gestellt. Aber auch hier ist es sehr still geworden. Will man dieses Jahr erneut verstreichen lassen, bis vielleicht etwas geschieht? Eine Ab-sichtserklärung, abgegeben vor großem Publikum, beruhigt zwar zunächst die Gemüter, hilft aber kaum weiter. Ob nach dem nächsten Winter vom Molln-hof noch viel zu retten ist, auch diese Frage müßte das Diözesanbauamt be-antworten!

Peter Zieske

Georg Hörtl zum 60. Geburtstag

Erfreuliches zu berichten gibt es von Georg Hörtl. Nicht nur, daß das Glasmuseum sich immer mehr als überregional geschätzte Attraktion Passaus erweist, auch die in ihrer Stimmigkeit so gelobte Sanierung der Gebäude an der Fritz-Schäffer-Promenade für die Rat- hauserweiterung wäre ohne den Anstoß durch die Privatinstandsetzung des „Wilden Mannes“ sicher nicht so rasch und gelungen abgewickelt worden. Und – obwohl vom FORUM auch schon kritisiert – zeigte sich Georg Hörtl den Anregungen der Bürgervereinigung durchaus gewogen. Nicht zuletzt war die Rettung des „Pemperlpraters“ eine – nicht

nur für die Kinder! – verdienstvolle Tat. Georg Hörtl hat damit wieder einen Beweis für seine Selbstlosigkeit und enge Verbundenheit mit Passau gegeben. Die Rettung von fast 8000 Fotoplatten des Fotoateliers Maurer für die Stadtgeschichte und der Kauf des Emerenz-Meier-Hauses in Schiefweg sind weitere verdienstvolle Aktivitäten.

Der Passauer Stadtrat sollte daher überlegen, Herrn Hörtl in die Reihe seiner Ehrenbürger aufzunehmen.

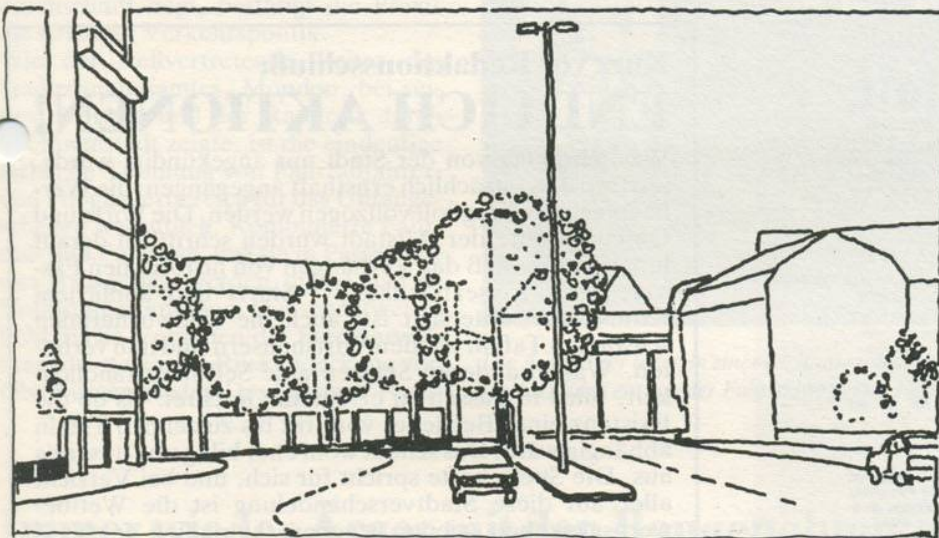
Das FORUM wird den fruchtbaren Dialog mit Georg Hörtl weiterführen.

bos/br



Passau soll schöner werden!

Situation 2: Am Schanzl



Blick von der Schanzl-Brücke

In den FORUM-Nachrichten vom Mai 86 wurde damit begonnen, unbefriedigende Freiraumsituationen in der Altstadt zu benennen und exemplarisch Verbesserungsvorschläge zu machen; erinnert sei hier noch einmal an die Höllgasse, den Domplatz oder auch den Domhof.

Um auch außerhalb der Altstadt die so wünschenswerte allgemeine Freiraum-

verbesserung aufzuzeigen, soll an dieser Stelle die Situation „Am Schanzl“ diskutiert werden.

Die Verkehrsplaner haben hier – zwischen Schanzl-Turm und Donau-Center – mit der verbliebenen Restfläche offenbar nicht viel anzufangen gewußt. Dabei hätte diese Stelle bedingt durch ihre Lage – zudem weithin sichtbar für den aus nördlicher Richtung Kommenden –

WICHTIG · WICHTIG

Die Herbstexkursion des FORUMS findet, wie bereits allen Mitgliedern mitgeteilt, am 10./11. September 1988 statt.

Wir werden am 10. 9. in Nürnberg die Arbeit der Altstadtfreunde Nürnbergs vorgestellt bekommen, die mit über 3000 Mitgliedern und reicher Sanierungserfahrung sicherlich einer der erfolgreichsten deutschen Vereine sind. Am späten Nachmittag fahren wir zu einem Gegenbesuch nach Schwabach. Dort wird uns die Sanierungsgruppe des Heimatvereins Schwabach betreuen, die in Eigenarbeit einen alten Turm zum Vereinsheim umgebaut hat.

Anmeldungen sind unverzüglich an die Vorstandschaft zu richten, damit Fahrgemeinschaften gebildet werden können bzw. ein Bus bestellt werden kann. Es ist auch möglich nur an einem Tag am Programm teilzunehmen.

Unsere „FORUMSSTAMMTISCHE“ bei denen immer aktuelle Fragen besprochen werden, finden jeden dritten Dienstag im Monat im Gasthaus „Zur Waage“ am Residenzplatz um 19.30 Uhr im Nebenzimmer statt. Gäste sind immer herzlich willkommen.

Die nächsten Termine: 20. 9. 88, 18. 10. 88, 15. 11. 88, 20. 12. 88, 17. 1. 89, 21. 2. 89.

die so wichtige städtebauliche Funktion eines Stadtzugangs zu erfüllen; hier beginnt gleichsam die Innenstadt.

Und warum dies nicht betonen durch Großbäume entlang der stadteinwärts sowie -auswärts führenden Straßen? Ein grüner „Merkpunkt“ würde entstehen. Neben der optischen Verkehrsführung für den Kraftfahrer wäre er ein städtischer Platz mit einladendem Charakter für den Fußgänger auf seinem Weg von der Bahnhofstraße zur Fußgängerzone; Voraussetzung dafür allerdings wäre auch die Möglichkeit der sicheren Straßenüberquerung und eine ansprechende innere Umgestaltung; denn zum Verweilen lädt derzeit weder das kaum begehbbare Bummerl-Pflaster ein, noch vermag dies die Wasserfontäne im Rundbecken. Das Becken z. B. durch stufenförmige Einbauten begehbar zu machen, aufgelockert durch Steininformationen und standortgerechte Bepflanzung könnte hier einen Erlebnisbereich Wasser schaffen. Gezielt platzierte Pflanzungen und nicht zuletzt eine fußgängergerechte Beleuchtung müßten den Platz vervollständigen, um somit den jetzigen Leer-Raum zwischen vorhandenen Stein- und Blechmassen zu einem grünen Bindeglied im städtebaulichen Ensemble „Am Schanzl“ zu entwickeln. S. Reichhart

Die Werbeanlagenverordnung und Stadtbildsatzung

Der Widerstand der Geschäftsleute gegen alten Wein in neuen Schläuchen

Verfolgt man die Diskussion um die genannten Satzungen, so gewinnt man den Eindruck, als ob von den Passauer Geschäftsleuten unmenschliches verlangt würde und man sie in den Ruin treiben möchte. Auch der Hinweis auf andere Städte, wie Dinkelsbühl oder Rothenburg, die derartige Satzungen zum Wohle aller konsequent durchsetzen, hat bisher zu keinem Umdenken der Geschäftsleute geführt.

Nach wie vor verunstalten häßliche Reklameschilder und Werbeschund das Bild der Altstadt, ohne daß bisher von der Stadt Beseitigungsanordnungen getroffen wurden. Geschäftsleute, die sich an die Verordnung halten, kommen sich immer mehr wie die Dummen vor. Erfreulich dezent ist bisher die Werbung

nur bei Neugenehmigungen, beispielsweise bei Woolworth und der Donaupassage.

Fragt man sich, warum Passau bis in die 50er Jahre von Geschmacksverirrungen weitgehend verschont blieb, so stellt man fest, daß es in Passau bereits 1906 Vorschriften zum Schutz des Stadtbildes gab, die offensichtlich konsequent durchgesetzt wurden.

So wäre nach § 1 eine Bebauung des Pernpointner-Grundstücks am Goldenen Steig in der Ilzstadt wohl ausgeschlossen, zeugt doch auch ein Brief des Kunstvereins aus dem Jahr 1916 vom Bemühen um den Erhalt der Stadtmauer und eines Turms.

§ 5 beschreibt in 3 Zeilen worum es auch in der heutigen Werbeanlagenverord-

nung geht: „Unschöne Reklameschilder sind auf Anordnung des Stadtmagistrates zu entfernen“.

Der damalige Stadtrat besaß also Gespür für das Stadtbild und Weitblick und auch bei den Geschäftsleuten scheint es sich um einsichtige Kaufleute und nicht um Krämerseelen gehandelt zu haben. Es ist daher an der Zeit, daß man sich auch in Passau an das Erbe der Vorfahren erinnert und in ihrem Sinne bewahrt.

Überdimensionierte Werbung (Ludwigs-Apotheke, Schuh Olzinger, Simader, Dressler, Singer) die auf Kosten der dezenten Werbung und des Stadtbildes geht, gehört unverzüglich beseitigt, die anderen Vorschriften in einer Übergangszeit von 2 Jahren durchgesetzt!

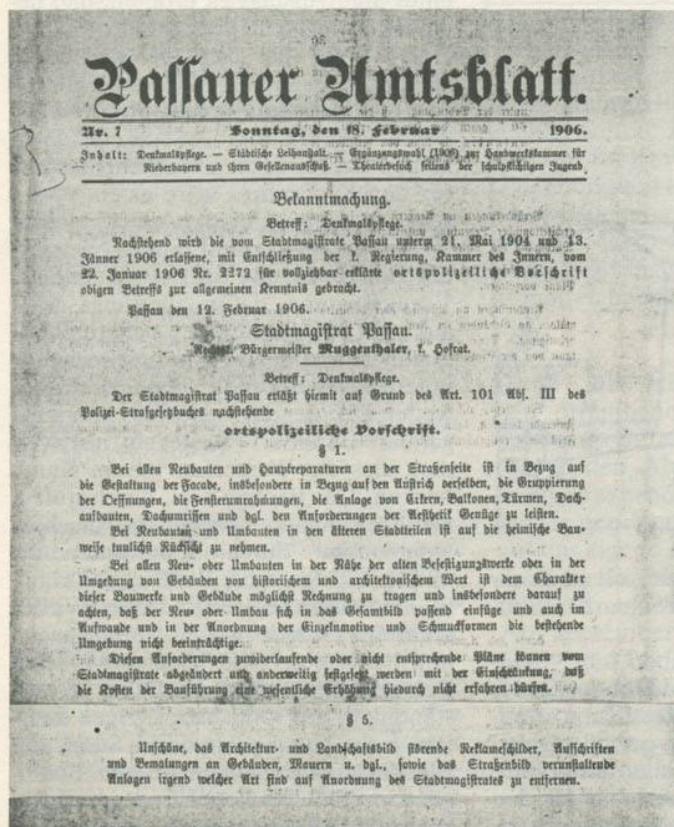
Günther Bosanyi



Außerhalb Passaus geht es: in Rothenburg fand sich diese schöne Beschriftung. Wohlthuend auch der Verzicht auf die häßlichen Preistafeln, die in Passau immer noch – trotz Verbotes – wie ein Krebs wuchern.



Leider nicht in Betrieb aber ordentlich beschriftet: das Gasthaus „Zur Blauen Taube“ in der Innstadt.



Kurz vor Redaktionsschluß:

ENDLICH AKTIONEN!

Was jahrelang von der Stadt nur angekündigt wurde, jetzt wird es tatsächlich ernsthaft angegangen: die Werbeanlagenverordnung soll vollzogen werden. Die Wirte und Geschäftsleute der Altstadt wurden schriftlich darauf hingewiesen, daß das Verhängen von historischen Fassaden mit Reiseandenken, T-Shirts und ähnlichem Krimskrums untersagt ist; auch die wildwuchernden schwarzen Tafeln vor den Wirtshäusern sind nun verboten. Was in anderen Städten eine Selbstverständlichkeit, führt in Passau zu erregtem Geschrei: als ob die Existenz eines Betriebes von (oft bis zu zehn!!) Tafeln abhängig wäre! Das schaut wohl eher billig und unseriös aus. Die Speisekarte spricht für sich, und bei Verzicht aller auf diese Stadtverschandelung ist die Wettbewerbsgleichheit wieder gegeben. Unredlich erscheint uns allerdings, den Ausnahmefall eines „historischen“ Ritters als Beispiel zu bringen, die danebenhängenden zahlreichen normalen Tafeln aber nicht zu erwähnen: eine solche Berichterstattung – gelesen in der PaWo – dient sicher nicht dem Wohle der Altstadt! Deshalb soll sich die Verwaltung durch die Aufregung einiger Betroffener nicht irre machen lassen. Gerade hier hat die Stadt im Vergleich mit anderen Fremdenverkehrsstädten noch viel nachzuholen. Und einen touristischen Ruf zu verlieren!

Franziska Veit

Wo ist der Mut in Passau zu unkonventionellen Lösungen?

Die Exkursion des FORUMS nach Erlangen, zu deren Teilnehmern der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Umweltsprecher der CSU, Fritz Haydn, Stadtrat Alois Feuerer von der FWG, der Leiter der Arbeitsgruppe Fahrradwege in der Stadtverwaltung Hans Schwarzfischer, der Pressesprecher des Bezirksverbandes Niederbayern der Grünen Andreas Herrmann sowie Boris Röhl von den Jungsozialisten zählten, hatte zum Ziel, die Erlanger Grünpolitik vor Ort kennenzulernen und die ein oder andere Anregung nach Passau mitzunehmen.

Dr. Dietmar Habermeier, Leiter des Referats für Recht und Umweltschutz machte in seiner Einführung auch sofort deutlich, wie wichtig es ist, den rechtlichen Ermessensspielraum voll auszuschnitten. Hin und wieder setze man sich praktische Lösungen durch, die über die Grenzen der Verordnungen hinausgingen, doch nehme man das Prozeßrisiko in Kauf. Als Beispiele nannte er die Führung eines Fahrradwegs entlang der Eisenbahn, Tunneldurchfahrten, die nicht die Mindestbreite aufwiesen, Bodenwellen zur Geschwindigkeitsbeschränkung, das Stehenlassen von erhaltenswerten Bäumen auf Fahrradwegen, die, wenn sie als Fahrradachse durchgeführt werden, auch einmal enger ausfallen können. Da die Erlanger bisher noch keine Klage verloren haben und das relative Unfallaufkommen bezogen auf die Zahl der Fahrradfahrer um die Hälfte niedriger als im Bundesdurchschnitt liegt, bestätigt die Praxis die Erlanger Verkehrspolitik.

Wie der stellvertretende Leiter des Stadtplanungsamtes, Mondon, bei seinem Vortrag und der Radltour durch die Innenstadt zeigte, ist die eindeutige farbliche Trennung von Fahrradfahrer- und Fußgängerbereich für das Unfallgeschehen wesentlich. Kombinierte Fahrrad- und Fußwege, wie sie in Passau immer noch gebaut werden, müsse man als Notlösungen ansehen. Das schrittweise, beharrliche Vorgehen der Stadtverwaltung, die stets volle Rückendeckung von Oberbürgermeister Dr. Dietmar Hahl-

weg (SPD) hat, wurde anhand alter Fotos deutlich. Wenn in Erlangen das Fahrrad Massenverkehrsmittel sei, wobei auch wieder der Oberbürgermeister mit gutem Beispiel vorausfährt, so müsse man dies auf das relativ lückenlose Fahrradwegenetz zurückführen, auch wenn man bei einzelnen Teilstücken hin und wieder Kompromisse eingegangen sei. Fahrradwege, die auf einmal in der Innenstadt aufhören, weil man nicht die Mindestbreiten erfüllen könne, seien sinnlos. Den Autoverkehr habe man konsequent aus der Innenstadt herausgenommen und in den Randbereichen Parkplätze geschaffen.

Der Leiter des Gartenbauamtes, Frank, stellte am Nachmittag bei einer Radtour eine Erlanger Grünachse vor. Zunächst lernte man eine „unechte“ Einbahnstraße kennen, die den Fahrradverkehr in beiden Richtungen erlaubt (siehe Bild).

Zur Verkehrsberuhigung einer schmalen Straße in einem Wohngebiet stellte das Gartenbauamt viele ansprechende Pflanztröge auf. Die Pflege der Pflanztröge wird weitgehend von den Anwohnern selbst übernommen.

Das Gartenbauamt berät Hauseigentümer bei der Begrünung bzw. stellt das Pflanzmaterial. Hierzu zeigte Herr Frank einige Beispiele von begrünten Garagen und Häusern sowie einen Innenhof, in dem das Gartenbauamt die Eichen gepflanzt hatte.

Die Entrohrung und Renaturierung eines Baches machte deutlich, wie man in Erlangen bereits umdenkt und welcher Aufwand erforderlich ist, um Schäden, die auch heute noch von der Flurbereinigung angerichtet werden, wieder zu beheben.

Hans Werner Anetzberger



Die Autofahrer teilen in einer Richtung mit dem Fahrradfahrer die Fahrbahn. In der Gegenrichtung (rechts) führt ein eigener Fahrradweg. Der Fußweg ist ganz rechts entlang den Häusern erkennbar.

Immer wieder Ärger mit den Baugenehmigungen im Außenbereich

Trotz unserer ständigen Bemühungen, die Stadträte von den gefährlichen Auswirkungen der Baugenehmigungen im Außenbereich zu überzeugen, konnten wir bisher keinen Kurswechsel feststellen. Die Vorstandschaft des FORUMS hat daher beschlossen, in Zukunft sämtliche Problemfälle unverzüglich an die Regierung weiterzuleiten. Weitergeleitet wurden bisher:

1) Der Schwarzbau von Frau Ruth Spittler in Unteröd 48 (Bauunternehmer Stadtrat Bertram).

Die Stadtverwaltung hat hierzu in einer detaillierten Arbeit sämtliche Schwarzbauten der Umgebung erfaßt. Nach den Ferien sollen diese Fälle dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden.

2) Genehmigung eines Anbaus an ein bestehendes Wochenendhaus in Neu-reuth (Antragsteller Erhard Schätz) obwohl das Abwasserproblem nicht geklärt ist. Die genehmigte Lösung, für die sich vor allem die SPD stark machte: der Bau darf errichtet, aber zunächst nicht bezogen werden. Dies ist, weil unkontrollierbar, in einem Wasserschutzgebiet ein echter Schild-

bürgerstreich. Es rächt sich, daß man in diesem Gebiet aus Gefälligkeit gegenüber früheren Stadträten eine Zersiedelung der Landschaft zugelassen hat.

- 3) Neubau eines Einfamilienhauses Am Goldenen Steig (Antragsteller Heinz Pernpointner).

Das ehemalige Schulhaus wurde von der Stadt verkauft und vom Erwerber in Wohnungen aufgeteilt. Der Bauausschuß stimmte einst einer Grundstücksteilung zu und fühlt sich deshalb heute gebunden. Eine rechtskräftige Bauzusage lag nicht vor. Gegen die Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege und die Verwaltung, insbesondere Ltd. Stadtbau- und Stadtdirektor Stark, wurde eine Bebauung genehmigt (Gegenstimmen Stadträte Abelein und Schmöllner).

Wozu restauriert man für teures Geld eine Stadtmauer, wenn man sie nachher wieder zubaut?

- 4) Neubau einer Wohnanlage am Peter-Griesbacher-Weg (Antragsteller Innstadt-Brauerei AG, Passau). Zunächst sah der Landschaftsplaner Prof. Dr. Grebe für diesen Bereich keine Bebauung vor, ließ sich aber dann zu einer einzeiligen Bebauung überreden. Dies ist aber der Brauerei nicht genug, sie hat nun eine mehrzeilige Bebauung beantragt. Dies hätte zur Folge, daß noch weitere Grundstücke zum Innenbereich umqualifiziert werden, die Linden-Allee wegen der im Wurzelbereich parkenden Besucher im Bestand gefährdet ist und mit einer überproportionalen Zunahme des Verkehrs durch den Innstadtkern zu rechnen ist.

Ein Blick in die PNP vom 27. 3. 51 mit der Überschrift „Schärfere Strafen für Bausünder vorgesehen“ und in das Stadtarchiv zeigt, daß man in den 50er Jahren gegen Bausünder wesentlich konsequenter – bis zum Abriß – vorgegangen ist.

Ob dies an der Qualität der Stadträte oder der Verwaltung lag, möge jeder für sich selber beantworten.

Günther Bosanyi

„Traurig muß es schon stimmen, daß ein langjähriges Mitglied des Bauausschusses die wenigen Zeilen, die seit 1960 für das Bauen im Außenbereich, in der Regel also im Grünen, beinahe unverändert gelten, immer noch nicht kennt. Dieser Paragraph des Baugesetzbuches widerspricht dem gesunden Menschenverstand überhaupt nicht. Das tun höchstens Stadträte, die solche Regeln häufiger mißachten und so zum Ruf nach einer Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung reizen. Stadträte, die bei vollem Bewußtsein rechtswidrige Beschlüsse fassen, richten Schaden an“.

Prof. Dr. Michael Kobler

Vgl. dazu: „Letzte Meldung“ S. 8

ERFREULICHES

Ob in Fragen des Bauens im Außenbereich oder der Verkehrsberuhigung, die JU unter **Rudi Ramelsberger** ist auf eigenständiges Denken bedacht und läßt sich nicht kritiklos in die Parteidisziplin einspannen.

*

Der Wettbewerb zur Gestaltung von Straßen, Gassen und Plätzen in der Altstadt von Passau ist nun ausgelobt. Das FORUM hat in seiner Stellungnahme die gründliche Ausarbeitung gewürdigt und darum gebeten, die Belange von Behinderten stärker zu vertreten. Hierzu hat **Frau Barbara Wolf** auf unsere Bitte hin bereits einen Forderungskatalog erarbeitet.

*

Die Fassade des Höfer-Hauses in der Bahnhofstraße kann durch den Einsatz der Bauverwaltung und des Landesamtes für Denkmalpflege doch noch erhalten werden. Bei der Probebohrung war man auf einen Findling gestoßen und rechnete daher mit festem Untergrund. Später mußte man feststellen, daß man auf Sand gebaut hatte.

*

Der Bebauungsplan Schwabenhuberfeld, der einen Vollerwerbslandwirt zum Sozialfall gemacht hätte, ist nun gestorben. **Stadtrat Prof. Dr. Kobler** leitete den Fall unverzüglich zur Überprüfung an die Regierung weiter, ebenso schrieb der betroffene Landwirt und schickte auch die FORUMSZEITUNG mit. Da sämtliche Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange negativ waren, verweigerte die Regierung ihre Zustimmung, zum Ärger einiger Stadträte.

Bei dem Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Söldenpeterweg und Doblweg setzte sich **Stadträtin Penzkofer** dafür ein, daß der Bebauungsplan im gesamten überarbeitet wird und statt der massiven Bebauung Ein- und Zweifamilienhäuser vorgesehen werden. Der unter Schutz gestellte Dobl und das Biotop 390 werden nicht berührt.

*

Die vom Jodlerwirt **Sepp Eichinger** ins Leben gerufene Interessengemeinschaft der Altstadtwirte tat zunächst so, als ob auch **Georg Höhl** zu ihren Mitgliedern zählen würde. Dieser ließ aber schnellstens in der PaWo richtigstellen, daß die Zugehörigkeit eine reine Erfindung von Herrn Eichinger sei und er niemals bei dieser Interessengemeinschaft gewesen sei, geschweige denn Kontakt dazu unterhalten habe.

*

Unter **OB Hösl** kommt endlich in den öffentlichen Personennahverkehr Schwung: Bereits seit dem 1. Juni werden in den Abendstunden die Anrufsammeltaxis betrieben, die für den Benutzer den Vorteil haben, daß er nicht auf das eigene Auto angewiesen ist und doch wieder bis vor die Haustür gefahren wird.

Ab September besteht zwischen den Stadt- und Landlinien ein Verkehrsverbund, so daß es möglich ist, von Landbussen kostenlos auf Stadtbusse umzusteigen oder umgekehrt. Auch kann man innerhalb des Stadtgebiets mit einer Landlinie fahren, wenn dies gerade günstiger ist, da nicht mehr das „Bedie-

nungsverbot“ gilt. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, um in der Altstadt weitere verkehrsberuhigte Zonen zu errichten, z. B. den Untere Sand oder auch die Theresienstraße.

*

Die Grundstücksverhandlungen für das Parkhaus am Güterbahnhof sind nun endlich abgeschlossen. Da die Bundesbahn weniger Grund verkauft hat, als ursprünglich vorgesehen, muß der Gebäudekomplex relativ nah an die Regensburger Straße gesetzt werden.

Nach Besichtigung des Fantomgerüsts durch den Ordnungsausschuß wurde zunächst der Bau von 350 Parkplätzen beschlossen, die Fundamente werden aber auf 725 Stellplätze ausgelegt. Diese Lösung ist städtebaulich vertretbar und zu begrüßen, denn es bietet sich damit die Möglichkeit an, weitere Gehsteige von Autos frei zu machen bzw. durch Wegfall von Parklätzen in der Grünaustraße Fahrradwege zu schaffen. Die Stadträte **Haydn, Ortner und Dr. Stadler** verwiesen daher zu Recht auf die Bedeutung dieses Parkhauses für die Altstadt. Es ist daran gedacht die Stellplätze zum Preis einer Monatskarte der Stadtwerke überwiegend an auswärtige Berufstätige zu vermieten, verbunden mit der kostenlosen Benutzung des City-Bus: Wir glauben, daß dies ein attraktives Angebot ist.

*

Bei der Gestaltung des ersten Höllgasenabschnitts wurde eine Anregung des FORUMS aufgegriffen: die kahlen Betonwände der Quartiersgarage wurden jetzt eingegrünt.

*

Ein SPD-Stadtrat und Anwohner am Fuchsbauerweg wollten erreichen, daß der Hauptverkehr von der Innstraße am

Krankenhaus vorbei über die Paminger Straße zur Neuburger Straße geleitet werden sollte, um damit den Fuchsbauerweg zu entlasten. Der zu erwartende weit stärkere Verkehr stellt aber eine große Lärmbelästigung für das Krankenhaus dar. Deshalb sollte die Straße westlich des Schwesternwohnheims durch den unteren, bewaldeten Steilhang des Parks gelegt werden. Ein Millionenprojekt mit gewaltigen Erdbewegungen, Stützmauern und damit einem schweren Eingriff in die noch intakte Natur am Stadtpark – und das alles wegen 100 m Straße im Krankenhausbereich. Dabei ist nicht einmal gewährleistet, daß die Lärmbelästigung für Krankenhaus und Wohnheim beseitigt werden wird. Nachdem sich bereits die FWG/FDP gegen das Projekt ausge-

sprochen hatten, riefen der Bund Naturschutz, Das FORUM PASSAU, die GRÜNEN und die Passauer Jungsozialisten zu einer Protestversammlung auf, bei der sich viele betroffene Bürger der vorgeschlagenen Alternative anschlossen: Absenkung der Straße, Lärmschutzmaßnahmen für das Krankenhaus, Ausbau von Gehsteigen in dem betroffenen Bereich und entsprechende Verkehrsregelungen.

Kurz vor der Versammlung war aus dem Rathaus zu vernehmen, daß Oberbürgermeister **Hösl** den Stadtratsbeschluß zur Verlegung der Straße ausgesetzt und die Planung für die Verlegung der Straße gestoppt hat. Mit einem weiteren Bauabschnitt beim städtischen Krankenhaus werden auch keine Krankenzimmer mehr in der Nähe der Straße plziert

sein. Auf der Westseite der Klinik wird nämlich auch künftig der meiste Lärm herrschen: dort sind die Besucher- und Angestelltenparkplätze, deren Zahl sowieso vergrößert werden muß; auch ein Hubschrauberlandeplatz wird dort entstehen. Wozu dann eine solch überflüssige, teure Maßnahme. Der Oberbürgermeister hat richtig gehandelt!

*

Nach Auszug des Kinderwarengeschäftes Flingelli in der Ludwigstraße wurde der häßliche Vorbau entfernt und wieder die ursprüngliche Fassade erstellt.

*

Das **Weiss-Haus** gegenüber dem Stadttheater erstrahlt im neuen Glanz und wertet den Bereich Unterer Sand/Innstraße deutlich auf.

PERSONEN UND KONFLIKTE

Nach der Stellplatzverordnung mußte in der Brunnengasse (Antragsteller **Ludwig Bauer**, Passau) eine Spielhalle genehmigt werden. Wir haben uns daher an den OB und die Fraktionsführer gewandt, mit der Bitte, weitere gesetzliche Möglichkeiten zu überprüfen, wie die „Casinos der Armut“ (Die Zeit vom 13. 5. 88) zu bekämpfen sind. **Sepp Eder**, Fraktionsführer der SPD, hat unseren Antrag unterstützt. Das Baureferat wird in einer der nächsten Sitzungen zu der Angelegenheit Stellung nehmen.

*

Bei einer Bürgerversammlung in der Altstadt äußerte die Frau von **Stadtrat Jahrstorfer**: „Um Gehör zu finden, muß man entweder lesbisch oder homosexuell sein“. In diesem Sinne viel Erfolg bei der weiteren Stadtratsarbeit wünscht das FORUM!

*

Siegfried Gattinger, Juwelier in der Grabengasse 5, errichtete ohne Genehmigung eine Schaufensterfront, die manchen am guten Geschmack zweifeln läßt. Die Beseitigungsanordnung der Stadtverwaltung wurde vom Bauausschuß nicht genehmigt, insbesondere **Stadtrat Barth** sprach sich dagegen aus.

*

Dem wenigen Grün im Innenstadtbereich droht immer mehr Gefahr. Die Innstadtbrauerei will nicht nur das Gelände des Schmeroldkellers bebauen, auch ein Teil des Niedermeiergartens soll für ein Büro und Geschäftshaus fallen. Wir haben deshalb die Aufnahme des Niedermeieranwesens in die Denkmalliste beantragt. Schließlich ist dieses Gebäude in dem Standardwerk „Alt-passauer Architektur“ von Julius Kempf bereits 1912 genau erfaßt.

*

Die Bauvoranfrage der **Kubitschek Bau-träger-Gesellschaft** in der Haarnadel-

kurve der Neuen Rieser Straße einen Gebäudekomplex mit drei Geschossen zu errichten, wurde Gott sei Dank abgelehnt, hatte man doch schon früher einen anderen Interessenten auf eine niedrigere Geschosßflächenzahl festgelegt. **Gegen** die Vorlage der Verwaltung stimmte **Stadtrat Öller** von der SPD.

*

Gegen ein Studentenwohnheim auf dem Reim-Gelände ist nichts einzuwenden. Allerdings schwebt **Professor Fauser** eine „städtebauliche Dominante“ vor, von deren Höhenentwicklung das Fantomgerüst zeugt. Wir sind der Ansicht, daß es mit Schanzl-Turm und Schanzl-Brücke bereits genügend häßliche Dominanten gibt und lehnen diese Bebauung ab. Die Planung sollte sich am Nikolakloster als Dominante orientieren!

*

Joachim König, Besitzer des Kinderartikelgeschäfts in der Fußgängerzone, macht Schlagzeiten als Befürworter des Gehsteigparkens in der Theresienstraße. Vielleicht sollte man die Fußgängerzone kürzen, um vor dem Eingang zu Königs Geschäft einen Gehsteig anzulegen, auf dem dann ein Parkplatz geschaffen werden kann! Allerdings würde darunter auch Königs Lieblingscafé leiden. Und wo findet ein geplagter Geschäftsmann sonst die nötige Muße, um seine sachlichen Leserbriefe zu schreiben? Gehör fand er bei den CSU-Stadträten **Barth, Fischer, Heindl und Zormaier**. Gerade letzterer galt bisher als Verfechter einer lebenswerten Innenstadt, so daß es verwundert, daß er sich hier gegen das Wohl der vielen Fußgänger und Geschäftsleute der Theresienstraße mißbrauchen ließ.

*

Besonders originelle Privatparkplätze haben der **Juwelier Glas** am Innbrückbogen und die Besitzer des **Wimhofer-**

Ladls am Paulusbogen. Beide parken auf mit Pfosten oder Ketten abgesperrten Gehbereichen. Der eine sperrt die Kette mit einem Schloß (!) auf, der andere zwingt sein Auto zwischen die Pfosten auf den Bürgersteig. Besonders ärgerlich ist, daß der historisch reizvolle Platz vor der Stadtpfarrkirche St. Paul zudem noch mit Ramsch vollgestellt ist, so daß Fußgänger sich durch die Ständer und Tische regelrecht durchwinden müssen. Hier sollte nicht nur die Stadt, sondern auch das Ordinariat als Vermieter schnellstens Abhilfe schaffen!

*

Adolf Hiendl, Architekt und Vorstand des TV Passau 1862 e.V., sprach sich in der Stammtischrunde der PNP erfreulich deutlich gegen eine zweite Innbrücke in Höhe des „Fünferlstegs“ aus. Leider erwies sich **Stadtrat Konrad Barth** (CSU) als Verfechter dieser stadtzerstörerischen Idee. Da der Bau einer solchen Brücke aber auch längerfristig nicht wirklich zur Diskussion steht und im Flächennutzungsplan nicht berücksichtigt ist, erwies sich die hitzige Diskussion als Beitrag zum Sommertheater.

*

Erfreulicherweise gibt **Franz Mader** das Amt des Stadtheimatspflegers für die Bauten, das ihn sichtlich überforderte, ab. Im Gespräch für diesen Posten ist Stadtbaudirektorin **Gisa Schäffer-Huber**, die bisher allerdings für denkmalpflegerisch eher umstrittene Entscheidungen bekannt ist. Wie man hört, fiel die Stellungnahme des Bezirksheimatspflegers Dr. Bleibrunner bereits negativ aus.

„Laßt uns das Unwiederbringliche und Unersetzbare erhalten, sonst werden wir in einigen Jahren erwachen und feststellen, daß wir unser Erbe verschleudert haben.“

Antwort der Regierung auf unsere Anfrage

Zu den vom FORUM beanstandeten Entscheidungen des Bauausschusses in Sachen Schätz, Neureuth, Pernpointner, Am Goldenen Steig und der Wohnanlage am Peter-Griesbacher-Weg erreichte uns von der Regierung von Niederbayern soeben folgender Bescheid:

„Die Überprüfung der genannten Bau-sachen hatte folgendes Ergebnis:

1. Der Bauausschuß der Stadt hat dem Vorhaben Schätz mit der Maßgabe zugestimmt, daß die Nutzung erst nach der Herstellung des geplanten Abwasserkanals zugelassen wird. Eine derartige Vorgangsweise ist zwar ungewöhnlich und **auch nach Auffassung der Regierung unbefriedigend**, aber rechtlich möglich.

Wesentlich erscheint der Regierung, daß auch ein Grundsatzbeschluß gefaßt wurde, wonach weitere Bauvorhaben im Einzugsbereich des Wasserschutzgebiets nicht mehr zugelassen werden.

2. Das Bauvorhaben Pernpointner ist bauplanungsrechtlich als Innenbereichsvorhaben nach § 34 BauGB und denkmalschutzrechtlich nach Art. 6 Denkmalschutzgesetz (DSchG) zu beurteilen.

Die positive Entscheidung des Bauausschusses, der auch eine grundsätzliche Zusage vom 08. 10. 1982 zugrundeliegt, ist gemessen an den rein städtebaulichen Gesichtspunkten des § 34 BauGB vertretbar.

Die Regierung würde allerdings einen „ruhigeren“, weniger gegliederten Baukörper, der dann auch von der Stadtmauer weiter abgerückt werden könnte, bevorzugen (Traufhöhe unterhalb der Stadtmauroberkante). Baugestalterische Belange allein rechtfertigen jedoch keine Ablehnung nach § 34 BauGB.

In denkmalschutzrechtlicher Hinsicht steht der Stadt als Genehmigungsbehörde ein Ermessen zu, das die Regierung nach Art. 109 Abs. 2 S. 2

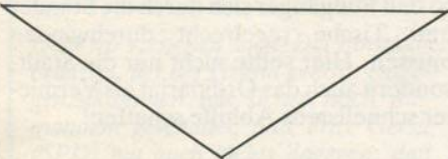
Bayer. Gemeindeordnung grundsätzlich auch im sog. übertragenen Wirkungsbereich zu respektieren hat. Die Stadt ist allerdings verpflichtet, die notwendigen Ermessenserwägungen unter Berücksichtigung aller entscheidungsrelevanter Gesichtspunkte zu treffen.

Auch nach Meinung der Regierung ist im vorliegenden Fall vor Erteilung der Baugenehmigung ein Phantomgerüst aufzustellen, damit die Auswirkungen des Vorhabens beurteilt werden können. Nur dadurch kann eine ermessensfehlerfreie Entscheidung vorbereitet werden.

3. Im Hinblick auf die Wohnanlage am Peter-Griesbacher-Weg (Innstadt-Brauerei AG) hat die Stadt zugesichert, von der Entscheidung des Stadtratsplenums unter Aktenvorlage zu berichten.

Die Regierung wird die Angelegenheit dann auch überprüfen.“

Probleme mit Altbauten



Wer ein altes Haus kaufen will oder Probleme mit Altbauten hat, sei es bei der Instandsetzung, sei es, daß er mit zügigen Fenstern oder Schwamm zu kämpfen hat, kann sich an das FORUM wenden.

Wir bieten eine erste kostenlose Beratung, die von namhaften Architekten geleistet wird. Anfragen unter Tel.-Nr. 36686, 59691 oder 332 17.

Passau bleibt von allein nicht schön!

Es braucht viele engagierte Freunde!

Werden Sie Mitglied im FORUM Passau!

In eigener Sache

Als parteiunabhängige Organisation ist es uns eine Aufgabe, für die Erhaltung des Stadtbildes einzutreten und die Lebensbedingungen in Passau für Bürger und Freunde der Stadt zu verbessern.

Wir sind stets bemüht, möglichst umfassend mit Entscheidungsträgern und Verantwortlichen Kontakte herzustellen, um auf Schwachstellen hinzuweisen und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Da nur eine mitgliederstarke Vereinigung auf Dauer Gewicht haben wird, ergeht unser Aufruf an alle Nicht-Mitglieder oder noch Unentschlossenen:

Werden Sie Mitglied im Forum Passau!

Für Fragen stehen unsere Vorstandsmitglieder zur Verfügung:

Peter Zieske, Schröghamerweg 19, ☎ 59661
Friedrich Brunner, Pfaffengasse 9, ☎ 36686
Günther Bosanyi, Göttweigerstr. 41, ☎ 332 17

Ich bin an der Erhaltung und Entwicklung der Stadt Passau interessiert und möchte Mitglied des FORUM PASSAU werden.

Name _____ Vorname _____ Straße _____ PLZ/Ort _____
(bitte in Druckbuchstaben)

Ort/Datum _____ Unterschrift _____

Der Jahres-Mindestbeitrag beträgt DM 20,- und berechtigt zum Bezug der „FORUMS-Nachrichten“. Die Mitgliedschaft kann jederzeit, spätestens jedoch zum 31. 12. eines Jahres für das Folgejahr gekündigt werden.

Um Verwaltungskosten zu sparen, bin ich bereit, den Jahresbeitrag in Höhe von DM _____ von meinem Konto abbuchen zu lassen.

Konto-Nr. _____ Bankleitzahl _____

ÜBRIGENS: Auch in anderen Städten gibt es erfolgreiche Aktivitäten örtlicher „Forums“-Organisationen.